

durchblick

3

März 2026 ■ 78. Jahrgang

Einkommensrunde der Länder

„Jetzt schlägt's 13!“

2 500 demonstrieren in Mainz.

Ärger über die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite in den bisherigen Verhandlungsrunden ist eine wirkungsvolle Motivationskraft. Insgesamt rund 2 500 Tarifbeschäftigte des rheinland-pfälzischen Landesdienstes sowie Beamtinnen und Beamte aus dem Landes- und Kommunaldienst demonstrieren am 4. Februar 2026 auf einem Marsch durch Mainz für angemessene Einkommen und skandierten „7 Prozent, 300 Euro“ auf der anschließenden Kundgebung im Regierungsviertel unter dem Motto „Jetzt schlägt's 13!“ – genau um 13 Uhr auf dem Ernst-Ludwig-Platz.

In der Einkommensrunde des öffentlichen Dienstes der Länder forderten die Beschäftigten mit Blick auf die damals anstehende dritte Verhandlungsrunde eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 7 Prozent, mindestens aber 300 Euro monatlich. Auszubildende, Studierende, Praktikantinnen und Praktikanten sollten monatlich 200 Euro mehr bekommen. In Rheinland-Pfalz haben die Be-

schäftigten diese Forderung am Demo-Tag mit einem landesweiten Warnstreik untermauert.

Warnstreik-Kundgebung

„Ständig beschließt die Politik neue Aufgaben, die Beschäftigten in praktisch allen Teilen des öffentlichen Dienstes sind permanent überlastet. Da ist eine angemessene Erhöhung der Einkommen das absolute Minimum, das die Kolleginnen und Kollegen erwarten dürfen, denn sie sorgen dafür, dass staatliche Daseinsvorsorge funktioniert“, sagte dbb Tarifchef Andreas Hemsing bei der Abschlusskundgebung.

Die Vorsitzende des dbb Rheinland-Pfalz, Lilli Lenz, stellte klar, dass die Landesregierung einen möglichen Tarifabschluss auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen übertragen müsse. „Beamtinnen und Beamte stehen für einen funktionierenden Rechtsstaat. Deshalb erwarten sie natürlich auch von ihrem Dienstherrn, sich an Recht und



„Jetzt schlägt's 13!“

Gesetz zu halten. Und das Bundesverfassungsgericht hat gerade erst wieder klargestellt: Bund und Länder haben die Pflicht, die Besoldung gemessen an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung und des allgemeinen Lebensstandards fortzuschreiben. Für uns ist deshalb klar: Beamtinnen und Beamte dürfen nach den Tarifverhandlungen nicht das Nachsehen haben. Erst wenn das Ergebnis systemgerecht übertragen wurde, ist diese Einkommensrunde für uns beendet.“

Gros von VDStr. und DSTG

Weitere Redner der Abschlusskundgebung unter freiem Himmel waren Olaf Spriestersbach, Vorsitzender der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbediensteten VDStr. Rheinland-Pfalz/Saar und stellvertretender VDStr.-Bun-

deschef, sowie Stefan Bayer, Landesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Rheinland-Pfalz und DSTG-Bundesvorstandsmitglied.

Beide untermauerten vehement die gewerkschaftlichen Tarifforderungen mit Blick durch ihre jeweilige Fachgewerkschaftsbrille auf die beiden größten Demonstrantengruppen.

Olaf Spriestersbach rief seinen Kollegen und Kolleginnen zu: „Eure Arbeit ist nicht abstrakt, sie ist ganz konkret eure Leistung für einen funktionierenden und sicheren Straßenbetrieb. Ohne euch läuft nichts, eure Arbeit ist mehr im Wortsinne Mehrwert!“

Stefan Bayer stellte an die Adresse des Finanzverwaltungs-personals fest: „Wir sorgen für die Einnahmen des Landes, jetzt muss es besser für uns



Der gut gefüllte Frauenlobplatz.



Der große DSTG-Tross.



Die Redner der Kundgebung: Peter Mertens, Olaf Spriestersbach, Stefan Bayer, Andreas Hemsing und Lilli Lenz (von links).



dbb Tarifchef Andreas Hemsing im Gespräch mit dem SWR.

sorgen! Denn wir sind mehr wert, als ihr uns bezahlt!“

Mit größeren Gruppen waren an der Demo neben VDStRa. und DSTG zum Beispiel die Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB) Rheinland-Pfalz teil, die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG), die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG), die Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD) und die Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) neben Abordnungen von den Bildungsgewerkschaften; mit dabei war schließlich auch eine nennenswerte Gruppe der Kommunalgewerkschaft komba, denn ein Ländertarifergebnis zählt nach gesetzlicher Über-

tragung auf Besoldung und Versorgung ja auch für Kommunalbeamtinnen und -beamte.

Dank

Die vielfältige Fachgewerkschaftsfamilie unter dem Dach des dbb rheinland-pfalz präsentierte sich bunt und lautstark, allen Unterstützerinnen und Unterstützern sei Dank.

Peter Mertens, stellvertretender dbb Landesvorsitzender, Chef der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz und Mitglied in der dbb Bundestarifkommission, schloss die gesamte Versammlung mit vielem Dank an alle Demonstrie-

renden, Streikenden und Unterstützenden.

Sein Dank galt etwa dem Deutschen Roten Kreuz Alzey für die Verpflegung der Streikenden und Protestierenden auf dem Frauenlobplatz bei der Sammlung des Demo-Zugpersonals und auch der Bateria Infernal, deren Samba-Trommlergruppe dem Gros des Demo-Zuges wieder mal gekonnt und ausdauernd einen treibenden Takt lieferte über gut zwei Kilometer Strecke.

Die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz traf sich nach Versammlungsende zur regelmäßigen Sitzung – siehe Bericht in diesem Heft.

Hintergrund

Von den Verhandlungen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: direkt circa 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt circa 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 11. bis 13. Februar 2026 vereinbart. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Die Spitzengruppe auf der Großen Bleiche.



Viele kreative Plakate waren zu sehen, hier ein Beispiel der DJG.



Einkommensrunde der Länder

Knoten ist geplatzt: Landesdienst hält Anschluss

Tragfähiger Kompromiss erzielt

In der entscheidenden Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst der Länder in Potsdam ist der Knoten pünktlich zur Fastnachtshochphase am 14. Februar 2026 geplatzt: Die Tarifvertragsparteien haben sich nach zähem und hartem Ringen geeinigt auf insgesamt 5,8 Prozent Linearanpassung in drei Schritten und einen Mindestbetrag in Höhe von 100 Euro bei einer Laufzeit von 27 Monaten.

Die Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz, bewertete den Abschluss als tragfähigen Kompromiss: „Beide Seite haben verantwortungsvoll Zuge-

ständnisse gemacht für einen funktionierenden, verlässlichen öffentlichen Dienst, in dem fair bezahlt wird und die wirtschaftliche Teilhabe der Beschäftigten wieder gesichert ist. Die Landesbeschäftigten halten Anschluss. Jetzt muss das Tarifiergebnis schleunigst landesgesetzlich zeit- sowie wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten übertragen werden. In Rheinland-Pfalz ist das politischer Konsens. Und das gilt dank unseres jahrelangen Bohrens auch nach der Landtagswahl, wie uns in Fraktionsgesprächen versichert wurde.“

Der dbb Landesvize Peter Mertens, Vorsitzender der dbb Arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz ergänzte: „Wir hatten es in Potsdam in der Bundestarifkommission nicht leicht. Die Arbeitgeberseite hat lange gemauert und dann zunächst unzureichende Eckpunkte eingebracht. Hartes Verhandeln und ganz besonders auch der Druck unserer Mitgliedschaft in Warnstreiks sowie bei Demos auf der Straße haben gewirkt. Die Arbeitgeber mussten sich bewegen. Großer Dank an alle, die mit uns auf der Gass' waren!“

Kernbestandteile der Tarifeinigung sind:

- Einkommenserhöhung 5,8 Prozent (zum 1. April 2026 um 2,8 Prozent, mindestens 100 Euro; zum 1. März 2027 um 2,0 Prozent und zum 1. Januar 2028 um 1 Prozent), Laufzeit 27 Monate
- Erhöhung der Zulagen für Schicht- und Wechselschichtarbeit
- Anpassung der Kündigungsschutzregelungen Ost an West
- Ausbildungspaket: unter anderem Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 150 Euro

Detailinformationen im Netz unter <https://www.dbb.de/einkommensrunde/einkommensrunde-2026.html>. ■



► dbb Bundeschef Volker Geyer (vorn) vor den Kameras nach der Einigung.